

DI Peter Rotter
Italienerstraße 15
9500 Villach

Email peterrotter@gmx.at

Herrn
Mag. Johannes Pasquali
BMF Kommunikation
Johannesgasse 5
1010 Wien

Betreff: GZ. BMF-240101/2337-I/8/2016

Villach, 11.02.2017

Sehr geehrter Herr Magister Pasquali,

vielen Dank für Ihr Antwortschreiben vom 10.01.2017. Ich möchte Ihre Aussage, dass die Mitarbeit aktiver Bürger gerne gesehen wird, aufgreifen und Ihnen mit diesem Schreiben weitere wichtige Zusammenhänge und Grundlagenwissen vermitteln, da ich den Brief an den Herrn Finanzminister im Dezember eher plakativ verfasst habe.

Zu „Geld aus dem Nichts“:

im offenen Brief des KOV Kreditopfervereins an den Herrn Finanzminister wird auf die Aussage von Herrn Nationalbankpräsident Univ. Prof. Novotny aus dem Jahre 2010 Bezug genommen, der auf eine entsprechende Anfrage bezüglich der Thematik „Geld aus dem Nichts“, sinngemäß geantwortet hat, dass es derartiges nicht gäbe. Zitat aus
<http://www.direktzu.at/oenb/messages/28555>

„Bei den Passivposten handelt es sich ja nicht um erfundenes Kapital, sondern um Einlagen privater Haushalte und Unternehmen, emittierte Aktien oder Anleihen oder Ausleihungen bei Zentral- und Geschäftsbanken, die den vergebenen Krediten gegenüberstehen. Banken können nichts verborgen, was ihnen nicht auf der Passivseite ihrer Bilanz als Mittel zur Verfügung steht“:

Die Bank müsse sozusagen jeden Kredit auf Einlagen begründen können. Herr Dr. Nowotny übersieht jedoch die Tatsache, dass Kredite einer Bank (welche streng juristisch genommen keine sind) durch Bilanzverlängerung entstehen:

Bankbilanz	
Aktiva (Vermögen)	Passiva (Eigenkapital, Schulden)
Forderung (Kreditnehmer)	Sichtguthaben (Kreditnehmer)

Die in der Bevölkerung herrschende Meinung, dass Geld verliehen wird in der Art, dass der Kreditbetrag von anderen Konten abgebucht wird, findet nicht statt. Muss auch so sein, denn würden Einlagen auf das Kreditkonto umgebucht werden, dann könnte ein Sparbuchbesitzer z.B. dringende Zahlungen unter Umständen nicht mehr durchführen.

Es mag Sie vielleicht überraschen, dass die Art des Geldverleihs, ob Geld aus dem Nichts oder Verleih per Umbuchung auf das Konto des Kreditnehmers, nicht primär für die finanzielle Austrocknung der Wirtschaft, von der ich im Dezember geschrieben habe, verantwortlich ist.

Es sind die Zinsen, die im Augenblick ihrer Entstehung, egal wo, wann und wofür sie entstehen, eine Geldforderung nach sich ziehen, für die es das Geld zur Bezahlung noch gar nicht gibt.

Am leichtesten sieht man das in einem Kreditvertrag. Es ist per Gesetz geregelt, dass neben der Kredithöhe auch die voraussichtlichen Gesamtkosten (Zinsen, Bearbeitungskosten, etc.) in einem Kreditvertrag angeführt sein müssen. Die Bezahlung der Differenz zwischen beiden Werten ist genaugenommen zum Zeitpunkt der Unterschrift unter dem Vertrag eigentlich noch gar nicht möglich, weil das Geld dazu noch nicht existiert. Auf diesen Umstand wird ein Kreditnehmer jedoch nicht hingewiesen, es wäre aber wichtig - wichtiger noch als die Höhe der Gesamtkosten! Wenn wir jetzt die (Giral-)Geldschöpfung betrachten, dann ist eine permanente Kreditausweitung erforderlich, denn um das Geld zur Tilgung der Zinsen zu „erzeugen“ müssen neue Einlagen „erarbeitet“ werden. Kredite werden tatsächlich nicht getilgt, sondern effektiv nur an jene weitergereicht, die das dazu nötige Geld ihrerseits per Kredit in den Wirtschaftskreislauf gebracht haben.

Das ist auch der Grund, warum die Staatsschulden nicht kleiner werden, denn es finden nur permanente Umschuldungen statt, die wiederum die Zinsbelastung erhöhen.

Echte Schuldentilgung gibt es nur per Schuldenschnitt, der aber aus Sicht der Guthabenbesitzer verständlicherweise keine Alternative ist, da er zu Vermögensverlusten führt. Denn im bestehenden System entstehen Geldguthaben nur durch Verschuldung (anderer). Derzeit schön zu sehen am Beispiel Griechenland.

Es ist aus dieser Perspektive trotz des ernsten Themas erheiternd in den Medien mitzuverfolgen, wie man in den verschuldeten Bundesländern jetzt aber „ernsthaft“ daran gehen wird, die Schulden abzubauen. Da wäre eigentlich jetzt nur noch die Frage offen, wohin? Schuldner A will seine Schulden bei Schuldner B „unterbringen“ und umgekehrt. Es ist wie auf einem sinkenden Schiff, wenn jeder seine Kabine trocken halten will und glaubt, das Sinken des Schiffes zu verhindern.

Man kann sich zwar Vermögen erarbeiten, aber dieses Vermögen schützt nicht vor der Insolvenz, die in einer Wachstumskrise zwangsläufig in Folge einer Rezession auftritt.

ALLE Wirtschaftsteilnehmer zahlen Zinsen, wenn sie irgendwo etwas kaufen, egal was, egal um welchen Preis. Im Preis eines zum Verkauf kommenden Produktes oder einer zu bezahlenden Dienstleistung sind alle gezahlten oder zu zahlenden Zinsen der Unternehmen in der Wertschöpfungskette kalkulatorisch enthalten, darunter auch die Steuern und Abgaben des Staates, von denen ein Teil zum Tilgen der Zinsen aus den Staatsschulden verwendet wird. Von jedem Euro werden ca. 30 Cent für (versteckte) Zinsen gezahlt, wenn etwas erworben wird. Wenn jemand 10.000 Euro pro Jahr ausgibt, dann zahlt er somit ca. 3000 Euro Zinsen. Die Zinsen aus eigenen Krediten falls welche bestehen sollten, sind dabei nicht eingerechnet. Wenn jetzt jemand weniger Zinsen aus eigenen Veranlagungen erhält, dann gehört er zur Gruppe der Zinsnettozahler, welche weit mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der kleine Rest der Bevölkerung bildet die Gruppe der Zinsnettoempfänger. Man kann sagen, das Geld wandert durch die Zinsen

bedingt am „Förderband von Fleißig nach Reich“ von den Nettozahlern zu den Nettoempfängern.

Dass die Nettozahler auf permanente Geldzufluss von Außen angewiesen sind (Arbeitgeber, Pensionen, Kunden bei Selbständigen) um der Insolvenz zu entgehen versteht sich von selbst.

Auf www.staatsschulden.at sehen wir derzeit einen Schuldenstand von knapp 300 Milliarden Euro.

Man kann auch sagen, 300 Milliarden Euro an Geld wurde per Kredit erzeugt. Diese 300 Milliarden Euro kosten uns derzeit etwas mehr als 7 Milliarden Zinsen pro Jahr. Wenn es nicht gelingt, mehr als 7 Milliarden an Geld durch Wirtschaftswachstum mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen per Kredit zu erzeugen, dann fließt mehr von den Nettozahldern zu den Nettoempfängern als nachkommt. Wachstum an sich reicht daher nicht, es muss dem

Schuldenstand entsprechend eine Mindestgröße haben. Ein Großteil dieser 300 Milliarden an Geld (ich beschränke mich hier auf Österreich) ist bereits bei den Nettoempfängern angekommen.

Besitzen nicht einige wenige Prozent mehr als die Hälfte allen Vermögens? Der „Geldpegel“ sinkt bei der Masse der Bevölkerung (den Nettozahldern) also durch den Schuldendienst wenn das Wachstum nicht groß genug ist. Für jeden Nettozahler steigt durch die vom Geldmangel ausgelöste Rezession die Insolvenzgefahr. Dass wir uns tendenziell in diese Richtung bewegen zeigt sich auch in der steigenden Zahl der Erwerbsarbeitslosen. Unser Wirtschaftssystem braucht aufgrund der Zinslogik ständiges Wachstum, es ist wie ein Motor, der explodieren wird, wenn die Drehzahl nicht erhöht werden kann. Ist Wachstum im ausreichender Größe nicht mehr möglich, dann wird das Feld sozusagen von hinten mit exponentiell steigender Geschwindigkeit aufgerollt. Alle, die Kredite zu tilgen haben, können diese nicht mehr tilgen, weil das Geld bei den Nettoempfängern ist. Das ist der Hauptgrund für das Entstehen der sogenannten „faulen“ Kredite, die derzeit im Zusammenhang mit den Bankensektor Italiens wieder vermehrt Erwähnung finden.

Die von der Insolvenz Betroffenen werden enteignet und erhalten in der BRD bereits den „Sklavenstatus“ der HARTZ IV Berechtigung. Die Zunahme der Hilfeempfänger erhöht die finanziellen Verpflichtungen des Staates, der selbst Nettozahler ist, weil eben mehr als 90 Prozent der Staatsbürger Zinsnettozahler sind. Steuern und Abgaben werden erhöht und wen die Insolvenz trifft, der muss alles hergeben, solange er noch etwas hat. Dass in diesen Zeiten dann die Preise aufgrund des Überangebots in den Keller gehen, sollte klar sein. Diejenigen, denen das nötige Geld ohnehin schon systembedingt zugeflossen ist, brauchen nur zu warten, bis diejenigen, die verkaufen müssen, ihr Vermögen selbst verschleudern oder bis deren Vermögen per Zwangsversteigerung verschleudert wird.

Die Zinsen haben denselben Effekt im Finanzsystem wie die Gravitation im Universum.

So wie große Materieansammlungen immer schneller wachsen, saugen verzinstre Milliardenvermögen wie schwarze Löcher immer schneller weiteres durch Kredit erzeugtes Geld auf.

Im Sommer 2016 waren es 63 Milliardäre, deren Vermögen größer war als jenes von 3,6 Milliarden Menschen. Nach aktuellen Studien sind es derzeit sogar nur noch 8 Multimilliardäre, die so viel besitzt wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Nachdem man davon ausgehen kann, dass der Rest besagter 63 Milliardäre auch reicher geworden ist, dürften bereits mehr als 70 Prozent des Weltvermögens systembedingt in der Hand dieser wenigen sein. Diese Entwicklung bedeutet aber auch eine weitere Verarmung der restlichen Menschheit. Es würde mich nicht überraschen, denn es ist auch an der Exponentialkurve abzulesen, wenn es im Jahre 2018 nur noch einen oder zwei Superreiche gibt, die mehr als die halbe Menschheit an Vermögen besitzen und folglich auch die Armut in Österreich dementsprechend gestiegen ist.

Ein weiterer Beweis für die durch das Zinssystem verursachte Konzentration von Geld und damit auch Macht, ist die bereits vor Jahren erfolgte Untersuchung der Beteiligungsverhältnisse innerhalb von 42.000 Transnationalen Konzernen durch James B. Glattfelder von der ETH Zürich erbracht worden, dass 147 Konzerne 40 Prozent der Weltwirtschaft kontrollieren.

Über seine Untersuchungen wird z. B. berichtet im

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Wenn-147-Konzerne-die-ganze-Wirtschaft--kontrollieren-/story/24530287>

Die Symptome steigender Verarmung sind bereits überall zu sehen. Leerstehende Geschäftsräumlichkeiten, Rabattschlachten über das ganze Jahr, zu sehen bspw. in den „Pre Season Sale“ und „Mid Season Sale“ Aktionen. In Zeiten eines stabilen Wirtschaftswachstums wäre ein Winterschlussverkauf vor Weihnachten undenkbar gewesen.

Auch im Finanzministerium ist man bereits mit dieser Tatsache konfrontiert, wie an der bereits zweimaligen Fehlschätzung der UST für 2016 ersichtlich ist, was der Ausgangspunkt für mein Schreiben vom Dezember 2016 war.

Im Schreiben vom Dezember habe ich auch den Gesundheitssektor erwähnt. Auch dieser muss, wie jeder andere Sektor auch, durch permanentes Wachstum Insolvenzvermeidung betreiben. Alle im Gesundheitssektor Tätigen, das sind Ärzte, Sprechstundenhilfen, Pflegepersonal, die Mitarbeiter der Pharmaindustrie, benötigen wie jeder andere auch permanent mehr Geld, weil die Ausgaben ständig steigen. Steuern, Abgaben, Pflichtversicherungen sind zusätzlich zu den steigenden Lebenshaltungskosten die größten Ausgabenposten.

Erschwerend kommt in der Gesundheitssparte hinzu, dass Versicherungsleistungen, die den notwendigen Umsatz bringen, nur im Krankheitsfall abgerufen werden können.

Daraus folgt, dass eine stetig größer werdende Anzahl an Menschen sich irgendwo zwischen Gesundheit und Tod befinden und in der Lage sein muss, die steigenden Beiträge zur Versicherung zu bezahlen, damit die Stabilität im „Gesundheitssystem“ erhalten werden kann.

Wie sehr die durch die Zinsen bedingte finanzielle Austrocknung den Gesundheitssektor bereits erfasst hat, belegt die jüngst erfolgte Kürzung der Versicherungsleistung für Selbstständige im Krankheitsfall seitens der Sozialversicherung der Gewerblichen Wirtschaft. Das bedeutet doch, dass höhere Beiträge nicht möglich sind, weil sie wegen der allgemeinen systembedingten Geldknappheit nicht durchsetzbar sind. Sie würden einen zu hohen Anteil am Einkommen ausmachen.

Auch die Landwirtschaft ist vom Wachstumszwang sehr negativ betroffen.

In der Landwirtschaft müssen dieselben Wachstumsziele angepeilt werden, wie in der Industrie. Nur hier sind die Grenzen des Wachstums früher erreicht oder wurden bereits erreicht.

Jeder Milchbauer braucht immer mehr Kühe, die immer mehr Milch erzeugen müssten. Es wird trotz aller Gentechnik nicht gelingen, solche „Designerkühe“ auf den Markt zu bringen, die vom Tierschutz einmal abgesehen, diese Anforderungen erfüllen können. Beim Getreide sehe ich ähnliche Grenzen.

Auch die Massentierhaltung mit dem Einsatz von Medikamenten ist ein Produkt des Wachstumszwangs. Die Wahl zwischen Umsatzsteigerung oder Insolvenz unter der Prämisse des Geldmangels großer Bevölkerungskreise hat zu dieser Art der „Fleischproduktion“ geführt. Die bereits derzeit produzierten Nahrungsmittelmengen müssen zur Umsatzstabilisierung bereits unter Dumpingpreisen in die Entwicklungsländer exportiert werden und tragen dort zur Zerstörung der örtlichen Landwirtschaft und daher zur Verarmung großer Bevölkerungsteile bei. So gesehen, sind nicht immer Bürgerkriege Auslöser von Wanderungsbewegungen.

Auch den aktuell von der Regierung beschlossenen Mindestlohn möchte ich auch im Lichte des Finanzsystems kommentieren.

Wenn jetzt eine Firma von einen Monat auf den anderen aufgrund des Mindestlohnes um X % höhere Ausgaben haben wird, woher nimmt sie das dafür notwendige Geld,? Ein Weg wäre per Kredit – sofern sie ihn auch bekommt. Ein anderer wäre, den Umsatz zu steigern, aber da müssten die Kunden in der Form mitspielen, dass sie um X% mehr kaufen oder um X% höhere Preise akzeptieren. Und wenn die Kunden zwar um besagten Prozentsatz mehr kaufen wollten, aber selbst die nötigen Mittel nicht haben, dann müssten sie das benötigte Geld durch Kredite „erzeugen“, sofern die Bonität gegeben ist. Gelingt es nicht, den Umsatz in der geforderten Höhe zu steigern, dann wird ein Mindestlohn für diese Firma einen mehr oder weniger langen den Weg in die Insolvenz bedeuten, wenn nicht weitere Arbeitsplätze abgebaut werden.

Ohne weiteres Wirtschaftswachstum wird auch ein Mindestlohn keine dauerhafte Lösung sein, denn das Förderband von Fleißig nach Reich durch die Zinsen „arbeitet“ weiterhin und sorgt bei der Masse der Bevölkerung für Geldverknappung, wenn die Wirtschaft nicht in der genügenden Geschwindigkeit wächst. Zumindes kurzfristig wird der Mindestlohn sicher dem Finanzsektor, der auch von der Wachstumskrise betroffen ist, durch die benötigten neuen Kredite Entlastung bringen.

Gerade bei diesem Vorhaben wäre es aber angebracht, einmal darüber nachzudenken, ob nicht als die sogenannte „Anschubfinanzierung“ das bereits in der EZB diskutierte „Helikoptergeld“ zum Einsatz kommen sollte.

Sehr geehrter Herr Mag. Pasquali, das Schreiben von Dezember habe ich beendet mit dem Zitat des Ökonomen Kenneth Boulding „Wer glaubt, dass unendliches Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist, ist entweder ein Irrer oder ein Ökonom. und mit der Anregung, eine nicht von Ideologie geprägte Diskussion über das Thema Wachstum zu beginnen.

Dazu möchte ich noch näheres ausführen.

Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass Wachstum an sich schlecht wäre und abzulehnen ist. Überall in der Natur ist Wachstum zu beobachten die ganze belebte Natur wächst. Wie jeder feststellen kann, baut unsere Existenz auf diesem Wachstum auf. Dieses Wachstum ist ein jedoch anderes, als jenes, welches vom Finanzsystem von unserer Realwirtschaft gefordert wird. In der Natur hört jedes Größenwachstum einmal auf und geht in die Erhaltung über, wogegen von der Realwirtschaft ein exponentielles Wachstum ohne Ende gefordert wird, weil eine virtuelle, keiner materiellen Beschränkung unterworfenen Zinsberechnung der Taktgeber ist. Wir stehen sozusagen permanent vor der Entscheidung zwischen „Weiterwachsen“ und „Insolvenz“.

Wie absurd die Wachstumsforderungen sind, kann man darin ersehen, das jemand, der mit 18 Jahren eine Körpergröße von 1,80 Meter erreicht hat und (nach den Maastrichtkriterien) mit 2 Prozent pro Jahr weiterwachsen müsste, mit 65 Jahren eine Größe von 4,57 Meter und mit 80 eine Größe von 6,14 Meter haben müsste! Dass dieser Irrsinn trotzdem betrieben wird, beweist die Berechtigung des Zitats von Kenneth Boulding. Genau dieses Größenwachstum wird jedoch von der Realwirtschaft gefordert, wenn durch Neuverschuldung, die gleichzeitig eine „Neuvergeldung“ ist, die Insolvenz der Zinsnettozahler vermieden werden soll. Derartiges Wachstum gleicht dem Wachstum von Krebs und beendet sich wie dieser von selbst.

Es ist aber auch die Politik gefordert, Wachstum zu definieren, wenn in Budgetdebatten dieses von allen Fraktionen „beschworen“ wird. Wenn unter Wachstum das bisherige Wachstum verstanden wird, so tritt der kuriose Fall ein, dass jeder Autobesitzer Gefahr läuft, dieses zu verlieren, weil er sich keinen Zweitwagen zulegt, in der „irrigen“ Meinung, er bräuchte diesen nicht. Er braucht ihn schon, nicht unbedingt zum Fahren, sondern weil sein Zweitwagen für genau jenes Wachstum sorgt, das die Insolvenz, die ihn auch den Erstwagen kosten wird , auf Dauer zwar nicht verhindert aber wenigstens hinausschiebt.

Zum Abschluss möchte ich Sie bitten, diese meine Ausführungen den Experten im Finanzministerium weiterzuleiten, denn die Sicht aus der von mir aufgezeigten Perspektive dürfte wirklich neu sein, wenn man die Budgetpolitik mitverfolgt.

Mit freundlichen Grüßen!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Dip. Ing. Peter Rotter".

DI Peter Rotter.